



Jahresbericht 2010

inhalt

editorial	5
strategie	6
auftritt	7
kompetenzzentrum für genossenschaftsunternehmen	8
mitarbeitende	11
forschung	12
publikationen	19
lehre	21
dienstleistungen	24
personelles	24
verpflichtungen	25



editorial

Das Berichtsjahr 2010 war geprägt durch den **Wandel**. Nachdem das frühere Institut für KMU- und Wirtschaftsrecht seine operativen Tätigkeiten im Verlaufe des Jahres 2009 eingestellt hatte und in das Institut für Unternehmensrecht überführt worden war, stand 2010 die inhaltliche, personelle und finanzielle Neuausrichtung des Instituts im Vordergrund.

Die Leitung des Instituts für Unternehmensrecht ging Ende März von Prof. Dr. Paul Richli an Prof. Dr. Franco Taisch über. Die grossen Verdienste von Professor Richli seien an dieser Stelle herzlich verdankt. Er hat eine zukunftsgerichtete Institutsplattform mit einer offenen Unternehmensverfassung geschaffen. Im Berichtsjahr galt es, die Entwicklung dieser Plattform zu initialisieren und voranzutreiben.

In einem **ersten Schritt** wurden Unternehmensvision, Unternehmenspolitik und Unternehmensstrategie erarbeitet. Vision ist, eines der international führenden Institute für Unternehmen an der Schnittstelle Recht-Ökonomie-Technologie zu werden. Die Unternehmenspolitik will alle Anspruchsgruppen einbeziehen und Interdisziplinarität, Out-of-the-Box-Denken und Innovation fördern. Sie will wissenschaftliche Unabhängigkeit und höchste Qualität sicherstellen. Strategisch strebt das Institut eine Grundstrategie der Themenführerschaft in Forschung, Lehre und Dienstleistung an. Diese ist breit hinsichtlich allgemeiner unternehmerischer Themen und tief hinsichtlich personenbezogener Unternehmen.

Im Rahmen dieser Strategie ist beabsichtigt, verschiedene Kompetenzzentren zu lancieren. Als erstes Kompetenzzentrum konnte das Kompetenzzentrum für Genossenschaftsunternehmen geschaffen werden, welches die Themenführerschaft hinsichtlich Genossenschaftsunternehmen, einem typisch personenbezogenen Unternehmen, anstrebt und durch führende Schweizerische Genossenschaftsunternehmen getragen wird. Es nahm seinen Betrieb am 1. Januar 2011 auf. Weitere Kompetenzzentren sind in Planung.

Ausdruck der strategischen Neuausrichtung ist schliesslich auch der neue visuelle Auftritt des Instituts für Unternehmensrecht.

In einem **zweiten Schritt** wurde ein tragfähiges und nachhaltiges Finanzierungskonzept erarbeitet. Dieses basiert auf einer Public-Private-Partnership mit einer ausgewogenen Kombination aus Selbst- und Drittmittelfinanzierung. Als erster tragender Pfeiler in diesem Konzept konnte das Kompetenzzentrum für Genossenschaftsunternehmen langfristig finanziert werden. Den strategischen Partnern Die Mobiliar, Fenaco, Raiffeisen, ABZ Allgemeine Baugenossenschaft Zürich und Mobility sei an dieser Stelle herzlich für ihr wertvolles Engagement gedankt. Weitere tragende Finanzierungspfeiler sind in Arbeit.

Diesen dynamischen Wandel begleiten durften bereits verschiedene operationelle Forschungsprojekte und Lehrveranstaltungen auf Executive-, Master- und Bachelorebene.

Es gilt nun, **Momentum** weiterzutragen, den operationellen parallel mit dem personellen Ausbau zu lancieren und das Institut inhaltlich, finanziell und personell mit weiteren Themenführerschaften und entsprechenden Kompetenzzentren breiter abzustützen.

Im Januar 2011

Franco Taisch
Leitender Direktor

strategie



Basierend auf einer vertieften Analyse und Diskussion hat sich das Institut für Unternehmensrecht strategisch neu ausgerichtet. Grundlage bildet das Reglement des Instituts für Unternehmensrecht vom 18. Februar 2009 (Unternehmensverfassung).

Unternehmensvision

International führendes Institut für Unternehmen unter Berücksichtigung der rechtlichen und regulatorischen Dimension der Unternehmensumwelt mit ihren Schnittstellen zu Ökonomie und Technologie.

Unternehmenspolitik

Ganzheitlicher Einbezug aller Anspruchsgruppen des Instituts für Unternehmensrecht. Eingehen von strategischen Partnerschaften mit Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Politik. Starke interdisziplinäre Ausrichtung. Brückenschlag zwischen Wissenschaft und Praxis. Förderung des Out-of-the-Box-Denkens, der Kreativität und Innovation. Sicherstellung der wissenschaftlichen Unabhängigkeit und höchster Qualitätsansprüche.

Unternehmensstrategie

Verfolgung einer Grundstrategie der Themenführerschaft in Forschung, Lehre und Dienstleistung. Dies einerseits breit verstanden hinsichtlich allgemeiner unternehmerischer und finanzmarktbezogener Themen und andererseits tief gemeint hinsichtlich der Bedürfnisse personenbezogener Unternehmen.

Themenführerschaft wird angestrebt in den Bereichen:

- Unternehmertum
- Familienunternehmen
- Genossenschaftsunternehmen
- Spezifische finanzmarktbezogene Themen

Weitere Themen können im Rahmen der Unternehmensverfassung opportunistisch besetzt werden.

auftritt

Ausdruck der strategischen Neuausrichtung ist der neue visuelle Auftritt des Instituts für Unternehmensrecht.



Wir suchten unverbrauchte sprühende Ideen und fanden die Kreativität Studierender der Hochschule Luzern Design und Kunst. In einem spannenden iterativen Dialog mit ihnen ist das neue Logo des Instituts entstanden.

kompetenzzentrum für genossenschaftsunternehmen

Ein Schwerpunktthema des Berichtjahres 2010 war die Konzeption und Finanzierung eines universitären Kompetenzzentrums für Genossenschaftsunternehmen am Institut für Unternehmensrecht. Es konnten engagierte strategische Partner gefunden werden, die als führende Schweizerische Genossenschaftsunternehmen das Kompetenzzentrum via die neu gegründete Interessengemeinschaft Genossenschaftsunternehmen massgebend unterstützen.

Die Mobiliar
Versicherungen & Vorsorge

fenaco **RAIFFEISEN**



Kompetenzzentrum

Am 1. Januar 2011 nahm das universitäre Kompetenzzentrum für Genossenschaftsunternehmen am Institut für Unternehmensrecht den operationellen Betrieb auf. Das Kompetenzzentrum für Genossenschaftsunternehmen soll die Zielsetzungen und das Konzept des Institutes für Unternehmensrecht im Bereich der Genossenschaftsunternehmen aufnehmen und umsetzen. Langfristig soll an der Schnittstelle zwischen Recht, Ökonomie und Technologie ein international führendes Kompetenzzentrum für Genossenschaftsunternehmen entstehen, das die interdisziplinäre Themenführerschaft bezüglich Genossenschaftsunternehmen in Forschung, Lehre und Praxistransfer anstrebt. Das Kompetenzzentrum für Genossenschaftsunternehmen will durch interdisziplinäre Forschung, Aus- und Weiterbildung, Dienstleistungen, Mitgestaltung im Gesetzgebungsprozess sowie Öffentlichkeits- und Stakeholderarbeit nachhaltige Werte schaffen.

Genossenschaftsunternehmen und deren Unternehmensumwelt

Das Genossenschaftsunternehmen ist ein typisch personenbezogenes Unternehmen. Genossenschaftsunternehmen haben bereits heute grosse volkswirtschaftliche Bedeutung und im Rahmen der geführten Wertediskussion unternehmerischen Handelns hohes Potential. Unternehmerisches Handeln in genossenschaftlichen Strukturen hat durch die Verleihung des Nobelpreises 2009 in Ökonomie an Elinor Oström Aufmerksamkeit erlangt. Es besteht hoher Bedarf an einer sowohl breiten wie vertieften interdisziplinären wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Genossenschaftsunternehmen und deren Unternehmensumwelt.

Geplante Aktivitäten - Ausblick

Das Kompetenzzentrum wird sich in den kommenden Jahren unter anderem mit folgenden Themen befassen:

Forschung

- Handlungsfelder betreffend rechtlich-regulatorischer Rahmenbedingungen für Genossenschaftsunternehmen
- Alleinstellungsmerkmale des Genossenschaftsunternehmens
- Corporate Governance im Genossenschaftsunternehmen
- Finanzierung von Genossenschaftsunternehmen
- Strukturveränderungen von Genossenschaftsunternehmen
- Förderungsauftrag im Spannungsfeld Genossenschafter und Kunde
- Kommentierung des Genossenschaftsrechts (OR) im Berner Kommentar

Ausbildung

- Entwicklung einer interdisziplinären Ausbildung für Verwaltungsräte und Mitglieder der Geschäftsleitung von Genossenschaftsunternehmen

Politische Ebene

- Sensibilisierung auf Handlungsfelder mit Bezug auf Genossenschaftsunternehmen
- Mitwirkung in Vernehmlassungsprozessen und Expertengruppen
- UNO-Jahr der Genossenschaften 2012

Jährlicher Genossenschaftstag

- 1. Genossenschaftstag September 2011



mitarbeitende

Geschäftsleitender Ausschuss

RA Prof. Dr. em. Peter Forstmoser, Präsident
RA Prof. Dr. Franco Taisch, Leitender Direktor (seit 27. März 2010)
Prof. Dr. Paul Richli, Geschäftsleitender Direktor (bis 26. März 2010) und Mitglied (bis 31. Juli 2010)
RA Prof. Dr. Paul Eitel, Mitglied
RA Prof. Dr. Walter Fellmann, Mitglied (ab 1. August 2010)
RA lic. iur. Hubert Rüedi, Mitglied

Direktorium

RA Prof. Dr. Franco Taisch, Leitender Direktor (seit 27. März 2010)
Prof. Dr. Paul Richli, Leitender Direktor (bis 26. März 2010) und Mitglied (bis 31. Juli 2010)
RA Prof. Dr. Daniel Girsberger, Mitglied
RA Prof. Dr. Karin Müller, Mitglied

Geschäftsleitung

RA Prof. Dr. Franco Taisch, Geschäftsleiter a.i. (seit 27. März 2010)
Prof. Dr. Paul Richli, Geschäftsleitender Direktor (bis 26. März 2010)

Wissenschaftliche Mitarbeitende

Dr.ssa giur. et MLaw Ingrid D'incà-Keller, Forschungsmitarbeiterin (seit 1. Juli 2010)
RA lic. iur. Tizian Troxler, Assistent (Lehrstuhl Wirtschaftsrecht; seit 1. Januar 2010)
MLaw Thomas Schwyter, Assistent (Lehrstuhl Wirtschaftsrecht; bis 31. Dezember 2010)
RA MLaw Christian Grätzer, Assistent (Lehrstuhl Wirtschaftsrecht; seit 1. Januar 2011)

Administrative Mitarbeitende

Lisbeth Meule, Sekretariat

Forschungsprojekte

„Alleinstellungsmerkmale des Genossenschaftsunternehmens“ (laufendes Projekt unter der Leitung von Prof. Dr. Franco Taisch)

Ausgangslage

Seit der Schaffung des Genossenschaftsrechts hat sich der Markt stark verändert. In einzelnen Branchen wie dem Handel, der Finanz-, Versicherungs- und Agrarindustrie, in welchen den Genossenschaftsunternehmen eine herausragende Bedeutung in der Schweiz zukommt, bilden sich überregionale und internationale Wettbewerbsstrukturen heraus, die zunehmend auch Genossenschaften und Genossenschaftsverbände trotz ihrer in der Regel günstigen Preise, innovativen Produkte sowie effektiven Kundenansprache und -betreuung unter Druck setzen. Um sich in einem wettbewerbsintensiven Marktumfeld weiterhin zu behaupten, haben sich Genossenschaftsunternehmen von den Konkurrenten wieder verstärkt zu differenzieren und die unternehmerischen Ziele sowie Strategien zu überdenken. Dabei sollte die entsprechende Weiterentwicklung der Genossenschaft nicht durch eine Art Replizierung der Aktiengesellschaft geschehen, sondern auf ihre eigentlichen Alleinstellungsmerkmale gegenüber anderen Gesellschaftsformen sowie Geschäftsmodellen basieren.

These

Direkte wirtschaftliche Mitgliederförderung, Selbsthilfe und Solidarität, offene und persönlichkeitsbezogene Mitgliedschaft, demokratische Struktur und statutarische Nachschusspflicht der Mitglieder bilden das „Genom“ der Genossenschaft, welches auch netzwerkartige und/oder branchenartige Zusätze aufzeigt. Aus dem „Genom“ der Genossenschaft mit ihren Zusätzen entwickeln sich die Alleinstellungsmerkmale der Genossenschaftsunternehmen. Folgende Alleinstellungsmerkmale stehen thesenartig im Vordergrund und sind zu analysieren:

- Mitgliederorientiertes Angebot und Produkte
- Strategische Absicherung mittels Mitgliedschaft
- Stakeholderansatz und Nachhaltigkeit
- Demokratische Struktur
- Wertebasiertes Handeln

Methode

Aufgrund der vielschichtigen Aspekte, welche in der genossenschaftlichen Praxis zu berücksichtigen sind, bietet sich methodisch ein interdisziplinärer Ansatz an. Ausgehend und basierend auf den Stammdisziplinen Rechtswissenschaften und Rechtsvergleichung, wird der skizzierte Forschungsgegenstand auch unter dem Blickwinkel der Nachbardisziplin Wirtschaftswissenschaften untersucht. Hinzugefügt werden auch Kommunikations- und Managementaspekte. Die methodische Vorgehensweise kombiniert systematische Forschung, Out-of-the-Box-Denken und ein transparentes aufzeigen von Dilemmas.

Das Forschungsziel wird in drei Schritten angestrebt. In einem **ersten Schritt** wird das Grundmodell der Genossenschaft durchleuchtet. Auf das Grundmodell aufbauend, werden seine netzwerkartigen und branchenartigen Zusätze aufgezeigt und analysiert. Der **zweite Schritt** besteht in der Analyse und Validierung der angenommenen und in der These skizzierten Alleinstellungsmerkmale der Genossenschaftsunternehmen. Erkenntnisse aus einer breit angelegten Recherche werden dabei anhand gezielter Interviews mit Entscheidungsträgern aus der Praxis reflektiert und mit Beispielen („Case Studies“) untermauert. In einem **dritten Schritt** werden die Alleinstellungsmerkmale der Genossenschaftsunternehmen in einem Diagramm zusammengefasst. Darauf aufbauend wird ein Bewertungskatalog und Prüfstand für zukünftige Strategien von Genossenschaftsunternehmen entwickelt.

Im Laufe des Jahres 2011 werden erste Zwischenergebnisse erwartet. Der Abschluss des Forschungsprojektes ist auf Ende 2012 geplant.

„Handlungsfelder betreffend rechtlich-regulatorische Rahmenbedingungen für Genossenschaftsunternehmen“ (laufendes Projekt unter der Leitung von Prof. Dr. Franco Taisch)

Ausgangslage

Seit Inkrafttreten des Genossenschaftsrechts weisen genossenschaftlich organisierte Gesellschaften eine starke Weiterentwicklung in der Praxis auf und haben im Rahmen des heute stattfindenden Wertewandels in Gesellschaft und Wirtschaft als echte Alternative zur Aktiengesellschaft bemerkenswertes Potential. Die Ausschöpfung dieses Potentials hängt wesentlich auch von typengerechten rechtlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen ab, welche der heutigen Entwicklung der Genossenschaften und Genossenschaftsverbände adäquat Rechnung tragen.

These

Die Evolution des Genossenschaftswesens hat keinen eigenständigen Niederschlag im Genossenschaftsrecht gefunden und wie sämtliche Revisionen des Aktienrechts und Rechnungslegungsrechts zum Ausdruck gebracht haben, ist die Genossenschaft immer wieder als kleine Schwester der Aktiengesellschaft behandelt worden. Aus dieser Haltung heraus wurden die gesetzlichen Bestimmungen für Aktiengesellschaften einfach auf die Genossenschaft übertragen. In verschiedenen Bereichen sind daher die Bestimmungen des Obligationenrechts zu den Genossenschaften (Art. 828 – 920 OR) und zu den Genossenschaftsverbänden (Art. 921 – 925 OR) heute und mit Blick auf die anstehenden Herausforderungen und Chancen nicht immer überzeugend. Die reine Verweisung oder die analoge Anwendung des Aktienrechts auf Genossenschaftsunternehmen führt dabei nicht unbedingt zu sachgerechten Ergebnissen. Vor diesem Hintergrund sind folgende zentrale Handlungsfelder zu untersuchen:

- Mitglieder – Förderauftrag und Kundennutzen
- Corporate Governance
- Finanzierung durch Eigenkapital
- Umsetzung der Wachstums- und Effizienzsteigerungsstrategien
- Steuerung von Genossenschaftsgruppen: Gestaltung der Innen- und Aussenverhältnisse

- Internationalisierung
- Kommunikation

Methode

Die Forschungsmethode basiert auf einem interdisziplinären Ansatz unter Berücksichtigung ökonomischer und rechtlicher Aspekte sowie unter einer Managements- und Kommunikationsperspektive. Dies aufgrund der vielschichtigen Aspekte, welche in der genossenschaftlichen Praxis zu berücksichtigen sind. Die methodische Vorgehensweise besteht aus einer Kombination von systematischer Forschung, Out-of-the-Box-Denken und ein transparentes aufzeigen von Dilemmas.

Die Umsetzung wird in drei Phasen erfolgen. In der **ersten Phase** werden die heutige Marktpositionierung der Genossenschaftsunternehmen und die Ausgestaltung der entsprechenden Geschäftsmodelle analysiert. Darauf aufbauend werden die spezifischen Stärken und die strategischen Erfolgsfaktoren gegenüber anderer Rechtsformen identifiziert und die Handlungsfelder der These verifiziert. Erkenntnisse aus einer breit angelegten Recherche werden dabei anhand gezielter Interviews mit Entscheidungsträgern aus der Praxis reflektiert. In der **zweiten Phase** werden die für die Genossenschaftsunternehmen einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen auf Basis der strategischen Erfolgsfaktoren und Stärken der genossenschaftlich strukturierten Unternehmen mit Blick auf deren Bestätigung bzw. deren Weiterentwicklungsbedarf identifiziert und analysiert. In der **dritten Phase** wird der Weiterentwicklungsbedarf Lösungsvorschlägen zugeführt. Lösungsvorschläge können sich dabei sowohl durch wissenschaftliche Weiterentwicklung von Gesetzesbestimmungen weiterhin im Rahmen den bestehenden gesetzlichen Regelungen bewegen, als auch durch die Schaffung neuen Rechts über eine Revision bestimmter Gesetzesteile entwickeln.

Im Laufe des Jahres 2011 werden erste Zwischenergebnisse erwartet. Der Abschluss des Forschungsprojektes ist auf Ende 2012 geplant.

Dissertationen

„Der Schutz von Unternehmenskennzeichen bei Kollisionen mit anderen Unternehmens- und Waren- oder Dienstleistungskennzeichen in der Schweiz – unter besonderer Berücksichtigung der bundesgerichtlichen Rechtsprechung“ (laufendes Dissertationsprojekt, RA lic. iur. Daniel Agten, Doktormutter Prof. Dr. Karin Müller)

Unternehmen sehen sich heute vermehrt mit der Situation konfrontiert, dass ihre Firmen- bzw. Namensrechte durch andere Unternehmen oder Personen für deren Individualisierung oder zur Individualisierung von Waren oder Dienstleistungen anderer Unternehmen verwendet werden. Beide Unternehmen machen ihre Persönlichkeits- bzw. Ausschliesslichkeitsrechte geltend. Die angerufenen Gerichte sehen sich deshalb gezwungen, weitere Beurteilungs- und Ermessenskriterien heranzuziehen und Interessenabwägungen vorzunehmen. Damit ist der Ausgang von kennzeichenrechtlichen Kollisionsprozessen in der Praxis sehr schwer abzuschätzen. Das Ziel der Dissertation von Daniel Agten ist es, die vom Bundesgericht hierzu entwickelte Rechtsprechung aufzuzeigen, zu analysieren und aus der Rechtsprechung des Bundesgerichts Grundsätze abzuleiten, welche Rechtssuchenden die Beurteilung der Rechtslage bei einer allfälligen Kollision erleichtern und mit Hilfe derer der Ausgang eines Kollisionsprozesses besser abgeschätzt werden kann.

„Die Wahrung der Anteilsrechte von Beteiligten einer AG und einer GmbH bei Kapitalerhöhungen und Umstrukturierungen“ (laufendes Dissertationsprojekt, RA Alain Anderhub, MLaw, Doktormutter Prof. Dr. Karin Müller)

Im Lebenszyklus einer AG oder GmbH kann es infolge wirtschaftlicher oder rechtlicher Gegebenheiten zu Kapitalerhöhungen oder Umstrukturierungen kommen. Diese Dissertation zeigt auf, inwiefern hierbei die Anteilsrechte der Gesellschafter tangiert werden, und beleuchtet die Instrumente und Schutzmechanismen, die das Schweizerische Gesellschafts- und Fusionsrecht unter Einschluss der laufenden Aktienrechtsrevision den Anteilseignern zur Wahrung ihrer Rechte zur Verfügung stellt.

„Management von Rechts- und Reputationsrisiken als Sorgfaltspflicht von in der Schweiz, in Österreich und in Liechtenstein tätigen Bankengruppen“ (laufendes Dissertationsprojekt, Mag. Theresa-Maria Höhener, Doktorvater Prof. Dr. Franco Taisch)

Mit der in Arbeit befindlichen Studie soll auf ein bislang sowohl in der juristischen Theorie als auch der bankbetrieblichen Praxis nur am Rande behandeltes Thema im Rahmen einer selbständigen wissenschaftlichen Studie eingegangen werden. Vor dem Hintergrund der momentanen und zukünftigen Regulierungstendenzen (Basel II, Basel III) werden entlang der Praxis im regionalen Kontext der Schweiz, Österreichs und Liechtensteins nicht nur die Ausgangssituation analysiert, sondern auch Problemfelder identifiziert und Lösungsansätzen gegenübergestellt.

„Inflation, Deflation und Recht – Wechselwirkungen, Probleme und Lösungen am Beispiel der Schweiz“ (laufendes Dissertationsprojekt, RA Loris Fabrizio Mainardi, MLaw, Doktorvater Prof. Dr. Franco Taisch)

Die Geldwertänderung ist eine ökonomische Grösse, welche aber auch durch das Rechtssystem definiert werden muss und umgekehrt auf letzteres einwirkt. Auf Grund historisch tiefer Geldwertänderungsraten ist in der Schweiz bis heute eine diesbezüglich mangelhafte Sensibilisierung von Gesetzgebung und Rechtsprechung anzutreffen. Der Staat kann die Geldwertänderung zwar nicht vollkommen steuern, hat aber hoheitliche Instrumente zur Verfügung, welche effektiv auf die Geldwertänderung einzuwirken vermögen. Es bestehen verfassungsmässige Pflichten des Staates, im Rahmen seiner Möglichkeiten drohenden Geldwertänderungen zuvorzukommen und eingetretene angemessen zu berücksichtigen.

„Tracking Stocks“ (laufendes Dissertationsprojekt, Selin Schmid, MLaw, Doktormutter Prof. Dr. Karin Müller)

Bei den in den USA entwickelten „tracking stocks“ handelt es sich um Aktien, die ihren Inhabern Vermögensrechte einräumen, welche sich statt auf das Gesamtunternehmen nur auf einen Unternehmensteil beziehen. Diese Dissertation soll die in der Schweiz noch ungeklärte Situation hinsichtlich der rechtlichen Zulässigkeit von „tracking stocks“ untersuchen.

„Die Genossenschaftsbank in der Corporate Governance“ (laufendes Dissertationsprojekt, Thomas Schwyter, MLaw, Doktorvater Prof. Dr. Franco Taisch)

Diese Arbeit geht der Frage nach, ob die Organisationsform der genossenschaftlich organisierten Banken besonders dazu geeignet ist, den Anforderungen eines soliden, wettbewerbsorientierten sowie nachhaltigen Systems zu entsprechen. Insbesondere wird der Frage nachgegangen, ob sich das Modell der Genossenschaftsbank als ein brauchbares Gefäss für eine gute Corporate Governance eignet.

**„Grenzüberschreitende Sitzverlegung von Kapitalgesellschaften im Verhältnis Schweiz – EU“
(laufendes Dissertationsprojekt, Natascha Venetz, MLaw, Doktorvater Prof. Dr. Daniel Girsberger)**

Ziel der Arbeit ist es, die Auswirkungen der EuGH-Entscheidungen zur Niederlassungsfreiheit auf die grenzüberschreitende Sitzverlegungen aus Sicht des Schweizer internationalen Gesellschaftsrechts zu untersuchen.

Masterarbeiten

**„Die Kundschaftsentschädigung beim Alleinvertriebsvertrag“
(Pascale Blösch, Betreuer Prof. Dr. Daniel Girsberger, Luzern 2010)**

Der Untersuchungsgegenstand ist BGE 134 III 497 vom 22. Mai 2008, worin erstmals die analoge Anwendung der Kundschaftsentschädigung, welche bei Vertriebsverträgen regelmässig geschuldet wird, auch auf Alleinvertriebsverträge bejaht wurde. Dazu werden eine Analyse der Natur der Kundschaftsentschädigung sowie ein Vergleich der wirtschaftlichen Stellung der Agentin und des Alleinvertreters vorgenommen. Als Fazit wird festgehalten, dass die Änderung der Rechtsprechung viele neue Fragen aufgeworfen hat, da das Bundesgericht im Entscheid keine klare Trennung zwischen Analogie- und Tatbestandsvoraussetzungen vorgenommen hat.

„Chancen und Herausforderungen in der Wachstums- und Reifephase von Genossenschaftsbanken“ (Ingrid D’Inca-Keller, Betreuer Prof. Dr. Franco Taisch, Luzern 2010)

Die Masterarbeit analysiert die Genossenschaftsbank unter rechtlich-regulatorischen sowie wirtschaftlichen Aspekten mit besonderem Augenmerk auf deren Wachstums- und Reifephase. Dabei werden Chancen und Herausforderungen der Wachstums- und Reifephase identifiziert und entsprechende Handlungsfelder abgeleitet. Erste Lösungsansätze werden aufgezeigt.

„Produkthaftung – die Haftungssituation in der Schweiz mit Vergleichen zur EU-Richtlinie und deren Umsetzung in Deutschland“ (Stephanie Elms, Betreuer Prof. Dr. Franco Taisch, Luzern 2010)

Die Arbeit wurde aufgrund einer Anfrage einer Start Up Firma erarbeitet, welche ein innovatives Produkt in der Schweiz und Deutschland vertreiben will. Die Arbeit hat deshalb zum Ziel, einen Überblick über die Produkthaftung in der Schweiz zu verschaffen und die wichtigsten Unterschiede zur Produkthaftung in Deutschland aufzuzeigen. Abschliessend werden einige konkrete Methoden aufgezeigt, wie sich der Produkthehersteller vor Haftungsfällen schützen kann.

**„Dispoaktien – Phänomen, Problematik, Lösungsansätze“
(Roger Hegglin, Betreuer Prof. Dr. Franco Taisch, Luzern 2010)**

Die Masterarbeit geht dem Phänomen der Dispoaktien nach. Insbesondere werden die Auswirkungen hoher Dispobestände und deren problematischen Folgen untersucht sowie entsprechende Lösungsansätze aufgezeigt und analysiert. Als Lösungsvorschlag zur Eindämmung der hohen Dispobestände wird das Nominee-Modell propagiert, welches der Ständerat im Rahmen der Aktienrechtsreform beschlossen hat.

„Die Zusammensetzung des Verwaltungsrats und der Verwaltungsratsausschüsse im Lichte der Corporate Governance“ (Chantal Matyassy, Betreuer Prof. Dr. Franco Taisch, Luzern 2010)

Ziel der Arbeit ist es, einen Diskussionsbeitrag zur Rechtsfortbildung in der Schweiz betreffend Zusammensetzung von Verwaltungsräten und Verwaltungsratsausschüssen zu leisten. So wird untersucht, ob eine

„optimale“ Zusammensetzung eines Verwaltungsrates existiert, wer über diese zu befinden hat und wie diese aussehen könnte.

„Retrozessionen in der Vermögensverwaltung – Privatrechtliche, aufsichtsrechtliche und strafrechtliche Aspekte“ (Katja Neuenschwander, Betreuer Prof. Dr. Franco Taisch, Luzern 2010)

Die Arbeit untersucht, in welchen Situationen bzw. Vertragsverhältnissen Retrozessionszahlungen herausgabepflichtig sind und welche privatrechtlichen, aufsichtsrechtlichen und strafrechtlichen Risiken die Institute ausgesetzt sind, wenn sie Retrozessionen pflichtwidrig einbehalten. Darauf bezugnehmend wird aufgezeigt, mit welchen Massnahmen bzw. Verhaltensweisen die entsprechenden Risiken minimiert werden können.

**„Steuergeheimnis, insbesondere erweiterte Amtshilfe – Quo vadis helvetia?“
(Barbara Pfister, Betreuer Prof. Dr. Franco Taisch, Luzern 2010)**

Die Masterarbeit geht dem Steuergeheimnis und insbesondere der erweiterten Finanzhilfe auf den Grund. Dabei werden die aktuellen Entwicklungen sowie die Zugeständnisse der Schweiz gegenüber anderen Staaten aufgezeigt und auf dieser Basis mögliche Zukunftsszenarien skizziert. Die Arbeit kommt zum Schluss, dass eine „Abgeltungssteuer“ zu präferieren bzw. das „Modell Liechtenstein“ abzulehnen ist.

„Allgemeine Geschäftsbedingungen der Banken unter besonderer Berücksichtigung der Vertragshaftung“ (Fabia Pünjer, Betreuer Prof. Dr. Franco Taisch, Luzern 2010)

Die Masterarbeit befasst sich mit der Kritik an den geläufigen Allgemeinen Geschäftsbedingungen von Banken, in welchen systematisch das dispositive Recht zugunsten der Banken wegbedungen bzw. das Risiko auf die Bankkunden verlagert wird. Da de lege lata keine gesetzliche Norm zum Schutz vor missbräuchlichen AGB-Klauseln besteht, wird untersucht, wie das Vertragsverhältnis zwischen AGB-Verfasser und Kunde gerechter gestaltet werden könnte.

**„Islamic Banking – Eine kritische Betrachtung des Islamic Banking aus der Sicht des schweizerischen Rechts mit besonderer Analyse islamischer Leasingverträge“
(Caroline Schär, Betreuer Prof. Dr. Daniel Girsberger, Luzern 2010)**

Die Arbeit geht der Frage nach, inwiefern sich das Islamic Banking in der westlichen Welt umsetzen lässt bzw. ob es mit der hiesigen Rechtsordnung vereinbar ist. Auf Grund der Bedeutung des Leasingvertrages sowohl im Orient als auch im Okzident wird dieser als Vergleichsgegenstand herangezogen. Die detaillierte Analyse islamischer Leasingverträge ergibt, dass sie sich nicht wesentlich von konventionellen Leasingverträgen unterscheiden. Auch steht der Etablierung des Islamic Banking aus rechtlicher Sicht nichts entgegen.

**„Die Bank als strafbares Unternehmen – Anwendungsbereiche von StGB 102 bei einer Bank anhand ausgewählter bankspezifischer Szenarien“
(Marlis Stocker, Betreuer Prof. Dr. Franco Taisch, Luzern 2010)**

Der Anwendungsbereich von Art. 102 StGB wird aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet. So wird die Bankkundengeheimnisverletzung, die Terrorismusfinanzierung, die Geldwäscherei sowie die Bestechung schweizerischer Amtsträger beleuchtet. Es wird aufgezeigt, dass sich den Banken hohe Anforderungen stellen und dass diese ihr Augenmerk auf die Mitarbeiterschulung sowie die Compliance der organisatorischen Abläufe mit den gesetzlichen Vorgaben zu legen haben.



publikationen



Bücher

Ronald Kaufmann / Hadumoth von Escher / Andreas Furrer / Daniel Girsberger,
KMU und Konflikte, Blick auf die Wirklichkeit in Schweizer Unternehmen, Bern 2010.



Beiträge

Franco Taisch / Ingrid D'Inca-Keller, Effizienz- und Qualitätssteigerung durch Fusion innerhalb von Genossenschaftsgruppen, in: Matthias Oertle / Stefan Breitenstein / Matthias Wolf / Hans-Jakob Diem (Hrsg.), M & A, Recht und Wirtschaft in der Praxis, Liber amicorum für Rudolf Tschäni, Zürich / St. Gallen 2010, S. 339–358.

Konferenzpapiere

Prof. Dr. Franco Taisch / Dr.ssa giur. Ingrid D'Inca-Keller, 2. Workshop „Die Zukunft der Genossenschaft“, Alleinstellungsmerkmale des Genossenschaftsunternehmens, Präsentation Forschungskonzept, 23. November 2010 in Luzern.

Prof. Dr. Franco Taisch / Dr.ssa giur. Ingrid D'Inca-Keller, 2. Workshop „Die Zukunft der Genossenschaft“, Handlungsfelder betreffend rechtlich-regulatorischer Rahmenbedingungen für Genossenschaftsunternehmen, Präsentation Forschungskonzept, 23. November 2010 in Luzern.

In Medien

Prof. Dr. Franco Taisch

- Genossenschaften: Genossen im Aufwind, in: Bilanz 21/10 vom 19.11.2010
- U.K., swiss to discuss tax on offshore bank accounts, in: Bloomberg vom 25.10.2010
- Kunde wird zum Demokraten, in: Mz vom 23.08.2010
- Den idealen Kandidaten gibt es nicht, in: Zentralschweiz am Sonntag vom 22.08.2010
- Genossenschaften „Gewinn mit sozialem Nutzen“, in: NLZ vom 27.07.2010
- Razzien bei den Credit-Suisse-Filialen in Deutschland verärgern die Schweiz, in: NLZ vom 15.07.2010
- Peter Kurer zum Steuerstreit mit den USA, in: NLZ vom 28.06.2010
- Staatsvertrag UBS, in: Bloomberg vom 15.06.2010
- UBS-Generalversammlung „Ein historischer Moment für Schweizer Aktionäre“, in: NLZ vom 15.04.2010
- CKW-Verwaltungsrat „Die Regierung hat geschwiegen“, in: NLZ vom 30.03.2010
- Genossenschaftlich aus der Krise, in: Zeit-Fragen vom 23.02.2010
- Warum Ospel nicht angeklagt werden kann, in: NZZ vom 19.02.2010
- Genossenschaftlich aus der Krise, in: Panorama Raiffeisen vom 18.02.2010
- Arroganz ist fehl am Platz, in: Zentralschweiz am Sonntag vom 17.02.2010

lehre

Executive

Kooperation mit Raiffeisen und Fenaco, 2. Workshop „Die Zukunft der Genossenschaft“
(Prof. Dr. Franco Taisch), 23. November 2010 in Luzern

Kooperation mit der Executive School of Management, Technology and Law (es-hsg) der Universität St. Gallen und dem Europainstitut an der Universität Zürich, 3rd International St. Gallen Corporate Counsel's Day 2010, Conference For Legal Executives, Change and Uncertainty
(Prof. Dr. Franco Taisch), 2. Mai 2010 in Zürich-Airport

Kooperation mit der Hochschule Luzern, Wirtschaftstage Luzern 2010, Den Kunden „packen“
(Prof. Dr. Franco Taisch), 16. Juni 2010 in Luzern

Modul Verantwortung, Executive School of Management, Technology and Law (es-hsg) der Universität St. Gallen, Management for the Legal Profession (mlp-hsg), Risk & Legal Management
(Prof. Dr. Franco Taisch zusammen mit Prof. Dr. em. Matthias Haller), 20.-24. September 2010 in St. Gallen

Modul Verantwortung, Swiss Finance Institute, Executive Program, Modul 1, Financial Environment / Legal and Regulatory Environment, Management der rechtlichen und regulatorischen Dimension der unternehmerischen Rahmenbedingungen (Prof. Dr. Franco Taisch), 17. August 2010 in Ittingen

Modul Verantwortung, Swiss Finance Institute, Financial Asset Management and Engineering Program FAME 2010, Legal Aspects and Compliance in Asset Management (Prof. Dr. Franco Taisch), 12. August 2010 in Lausanne

Teilmodul Verantwortung, Hochschule Luzern, Competence Center Forensik und Wirtschaftskriminalistik, Master of Advanced Studies in Economic Crime Investigation, (1) Anlagen: Grundlagen zu den Risiken, (2) Finanzdienstleistungen: Risikozusammenhänge, (3) Einführung in die Unternehmensfinanzierung, (4) Börse: Bedeutung und Prozesse, (5) Besondere Kapitalmarkttransaktionen, (6) Derivate, strukturierte Produkte und andere Börsengeschäfte (Prof. Dr. Franco Taisch), September 2010 in Luzern

Master

Vertragsgestaltung und -durchsetzung (Prof. Dr. Daniel Girsberger), Universität Luzern

Die Lehrveranstaltung „Vertragsgestaltung und –durchsetzung“ gibt den Studierenden einen ersten Einblick in die Denkweise, die Methoden und das Instrumentarium der/s rechtsberatend tätigen Vertragsjuristin/en und ihrer/seiner Gestaltungsmöglichkeiten. Zur Sprache kommen unter anderem die Grenzen der Gestaltungsfreiheit, insbesondere die Begrenzung durch zwingendes Recht, gesetzliche Verbote, Vorschriften aus dem Bereich des Konsumentenschutzes sowie Probleme bei der Durchsetzung im Rahmen des Zivilprozess-, des Schuldbetreibungs- und des Konkursrechts. Die Vorlesung hat zum Ziel, dass die Studierenden die verschiedenen Stadien der Vertragsgestaltung einschliesslich Verhandlungsgrundsätze und -techniken kennen und sie sollen befähigt werden, konkrete Verträge gestalten zu können.

Unternehmensrecht I und II (Prof. Dr. Karin Müller u.a.), Universität Luzern

Die Vorlesung Unternehmensrecht I folgt dem Lebenszyklus eines Unternehmens. Im Vordergrund stehen kleine und mittlere Unternehmen. Ausgehend von einem einheitlichen Ausgangssachverhalt werden die zentralen Fragen, die sich für ein Unternehmen zu den Themenkreisen „Gründung und Rechtsformwahl“, „Auf- und Ausbau“ sowie „Sanierung und Liquidation“ stellen, aus Sicht des Gesellschafts-, Sozialversicherungs- und Steuerrechts erörtert. Dabei soll zusätzlich auch das Umgehen mit und Lösen von interdisziplinären Fragestellungen vermittelt werden. Die Vorlesung Unternehmensrecht II behandelt sodann weitere Themen aus dem Lebenszyklus eines Unternehmens, wobei insbesondere die Nachfolge und Umstrukturierung besprochen werden. Das Ziel der Vorlesung ist es, die Studierenden mit den zentralen Fragen vertraut zu machen, die sich in den verschiedenen Phasen des Lebenszyklus eines Unternehmens stellen.

Finanzmarktrecht I und II (Prof. Dr. Franco Taisch), Universität Luzern

Die zweisemestrige Vorlesung Finanzmarktrecht gibt in insgesamt sechs Modulen eine Einführung bzw. einen Überblick zu den wichtigsten Grundsätzen und Regeln des Finanzmarktrechts. Behandelt werden insbesondere die rechtlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen für Banken und Vermögensverwalter, für Kollektivanlagen und Versicherungen sowie für Börsen und Effektenhändler. Im Weiteren stehen die Themen Wettbewerb und Regulierung, Unternehmensfinanzierung am Kapitalmarkt und der Kampf gegen den Missbrauch des Finanzbereichs im Mittelpunkt.

Ziel der Vorlesung ist es, den Studierenden die wirtschaftsrechtliche Relevanz des Finanzmarktes und dessen Protagonisten sowie die wichtigsten Grundsätze und Regeln des Banken-, Börsen- sowie Kollektivanlage- und Versicherungsrechts näher zu bringen, so dass diese befähigt werden, dieses Wissen in groben Zügen in der Praxis umsetzen zu können. Interdisziplinarität zwischen öffentlichem Recht und Privatrecht, zwischen staatlicher Normierung und Selbstregulierung sowie zwischen Recht und Ökonomie sind dabei Herausforderung und Faszination zugleich.

Legal Management & Compliance I und II (Prof. Dr. Franco Taisch), Universität Luzern

Die zweisemestrige Lehrveranstaltung Legal Management & Compliance vermittelt den Studenten Kenntnisse über Unternehmen als solche und deren Interaktion mit ihrer gesetzlichen und regulatorischen Umwelt sowie ihren Anspruchsgruppen. Im einen Semester wird in vier Modulen vermittelt, was ein optimales Management der gesetzlichen und regulatorischen Aspekte unternehmerischen Handelns und Entscheidens beinhaltet und wie ein Legal Management als integrierter Bestandteil des Managementprozesses umzusetzen ist. Im anderen Semester wird den Studierenden Gelegenheit geboten, in kleinen Teams vor Ort bei Unternehmen aktuelle Fragestellungen unter praktischer Anwendung der vermittelten Methodik zu bearbeiten. Nach Besuch der Lehrveranstaltung sollen die Studierenden das Verständnis von Legal Management als integrierter Bestandteil des Unternehmensmanagements haben. Sie sollen dessen wichtigsten Grundsätze, Regeln und Methodiken verstehen und in der Praxis anwenden können.

Bachelor

Gesellschaftsrecht (Prof. Dr. Karin Müller), Universität Luzern

In der Lehrveranstaltung Gesellschaftsrecht wird den Studierenden das Schweizerische Gesellschaftsrecht näher gebracht. Die Vorlesung soll dabei die allgemeinen Grundsätze des Gesellschaftsrechts sowie die Regeln des Rechts der Personen- und Kapitalgesellschaften vermitteln.



Lehrbücher

Franco Taisch, Finanzmarktrecht, in: Andreas Furrer / Daniel Girsberger / Eva Maria Belser / Peter Breitschmid / Vito Roberto / Markus Schefer / Bernhard Waldmann (Hrsg.), litera B, 2. Aufl., Zürich / Basel / Genf 2010.

dienstleistungen

Während der Neuausrichtung des Instituts für Unternehmensrecht hat das Institut keine Beratungsdienstleistungen an Dritte erbracht.

Es ist beabsichtigt, spezifische Beratungsdienstleistungen an Dritte entlang der strategischen Schwerpunkte des Instituts aufzubauen.

personelles

Die Leitung des Instituts für Unternehmensrecht ging Ende März von Prof. Dr. Paul Richli an RA Prof. Dr. Franco Taisch über. Die grossen Verdienste Professor Richli's seien an dieser Stelle herzlich verdankt. Er hat eine zukunftsgerichtete Institutsplattform mit einer offenen Unternehmensverfassung geschaffen. Professor Richli schied per 31. Juli 2010 dann auch aus dem Geschäftsleitenden Ausschuss, da er auf den 1. August 2010 zum Rektor der Universität Luzern berufen wurde. Herzliche Gratulation.

RA Prof. Dr. Walter Fellmann ersetzte Prof. Dr. Paul Richli auf den 1. August 2010 im Geschäftsleitenden Ausschuss als ordentliches Mitglied. Herzlich willkommen.

MLaw Thomas Schwyter, Assistent (Lehrstuhl Wirtschaftsrecht), hat die Universität Luzern auf Ende Jahr verlassen und wird sein Anwaltspraktikum beginnen. Herzlichen Dank für das Engagement und alles Gute.

RA lic. iur. Tizian Troxler, Assistent (Lehrstuhl Wirtschaftsrecht), hat seine Tätigkeit an der Universität Luzern am 1. Januar 2010 aufgenommen. Herzlich willkommen.

Dr.ssa giur. et MLaw Ingrid D'Inca-Keller, Forschungsmitarbeiterin, hat ihre Forschungsarbeit mit Schwerpunkt Genossenschaftsunternehmen am Institut für Unternehmensrecht per 1. Juli 2010 aufgenommen. Herzlich willkommen.

RA MLaw Christian Grätzer, Assistent (Lehrstuhl Wirtschaftsrecht), hat seine Tätigkeit an der Universität Luzern am 1. Januar 2011 aufgenommen. Herzlich willkommen.

Es gilt nun, den personellen parallel mit dem operationellen Ausbau zu lancieren und das Institut personell mit Blick auf das Kompetenzzentrum Genossenschaftsunternehmen und auf weitere Themenführerschaften und Kompetenzzentren breiter abzustützen.

Geplant sind schliesslich die Schaffung eines Beirats und die Entwicklung eines Netzwerks assoziierter Wissenschaftler und Praktiker.

verpflichtungen

Im Sinne einer der guten Governance folgenden sinnvollen Transparenz werden die wesentlichen weiteren Funktionen und Mandate des Direktoriums und der Geschäftsleitung mit Bezug zu Unternehmensrecht offengelegt.

Prof. Dr. Franco Taisch

- Verwaltungsrat und Mitglied des Auditausschusses Raiffeisen Gruppe, St. Gallen
- Verwaltungsratspräsident Swiss Rock Asset Management AG, Zürich
- Verwaltungsrat und Präsident des Auditausschusses Banque Louis SA, Zürich
- Delegierter des Vorstandes der IG Genossenschaftsunternehmen, Luzern
- Inhaber taischconsulting, Unternehmensführung und Recht, Zug/Neuheim
- Ordinarius für Wirtschaftsrecht an der Universität Luzern, Luzern
- Adjunct Faculty Member Executive School of Management, Technology and Law (es-hsg), Universität St. Gallen
- Adjunct Faculty Member Swiss Finance Institute, Zürich/Genf/Lugano
- Fachrat Hochschule Luzern, Wirtschaft, Institut für Finanzdienstleistungen, Zug

Prof. Dr. Daniel Girsberger

- Ordinarius für schweizerisches und internationales Privat-, Wirtschafts- und Verfahrensrecht sowie Privatrechtsvergleichung
- Partner, Wenger & Vieli AG, Zürich

Prof. Dr. Karin Müller

- Assistenzprofessorin für Gesellschaftsrecht an der Universität Luzern, Luzern



Hirschengraben 43
Postfach 7459
CH - 6000 Luzern 7
T +41 (0)41 228 77 34
F +41 (0)41 228 77 35
lisbeth.meule@unilu.ch
www.unilu.ch